

Degrowth – kurze Einführung in Konzept und Bewegung

Matthias Schmelzer, Mai 2016 – Kontakt: m.schmelzer@degrowth.de

1. Degrowth – was ist das?	1
2. Was ist überhaupt Wachstum? Und was ist das Problem mit Wachstum?	2
3. Sind Wachstumskritik und Degrowth ein neues Phänomen?	4
4. Geht es um eine Schrumpfung der Wirtschaft?	5
5. Welche Alternativen werden diskutiert?	7
Zum Weiterlesen	8

1. Degrowth – was ist das?

Degrowth, Décroissance, Wachstumsrücknahme oder Postwachstum. Das sind die Schlagworte einer wachsenden europäischen Bewegung von Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen, die das vorherrschende Entwicklungsmodell des kontinuierlichen kapitalistischen Wachstums kritisiert. Das Wort „Degrowth“ kommt ursprünglich vom französischen „Décroissance“, was so viel heißt wie Ent-Wachstum oder Wachstumsrücknahme.

Die Kernidee von Degrowth ist eine sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise die das Wohlergehen aller zum Ziel hat und die daher – angesichts der ökologischen Krisendynamiken sowie anderer Wachstumskrisen – für den globalen Norden eine demokratisch organisierte Reduktion von Produktion und Konsum auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau bedeutet.

Um diese Transformation zu erreichen wird eine grundlegende Veränderung unserer Lebenswelt und ein umfassender kultureller Wandel als notwendig erachtet. Mit Degrowth werden das aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Leitprinzip „höher, schneller, weiter“ und die damit einhergehenden Phänomene wie Beschleunigung, Überforderung und Ausgrenzung sowie die Zerstörung des Ökosystems Erde kritisiert. Zentral für den angestrebten Wandel sind die Werte Achtsamkeit, Solidarität und Kooperation. Ziel ist eine Gesellschaft in der sich die Menschheit als Teil des planetarischen Ökosystems begreift und somit ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle ermöglicht wird.

Degrowth ist dabei kein geschlossenes Alternativmodell, kein fertiger Plan, der sich am Reißbrett entwerfen lässt. Vielmehr zielt es auf die Repolitisierung zentraler Wirtschafts- und Lebensbereiche ab, um gemeinsam Alternativen zu erdenken, auszuprobieren, und zu erkämpfen – und es hat dementsprechend in den letzten Jahren eine Vielzahl von Alternativdiskussionen und Projekten alternativen Wirtschaftens zusammengebracht und vernetzt.

Degrowth – und allgemeiner Wachstumskritik – vereint dabei ziemlich vielfältige und teils widersprüchliche Strömungen und Positionen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie alle den Technikoptimismus der 1990er Jahre kritisieren – die Vorstellung, dass durch Öko-Technologien „grüne“ Produktion und „grüner“ Konsum vom Umweltverbrauch entkoppelt und begrenzt werden könnte. Ökologische Gerechtigkeit, so der Schluss, setzt daher ein Ende des Wachstums im globalen Norden voraus.

Die zweite wesentliche Gemeinsamkeit liegt in dem Versuch, konkrete Utopien als Alternativen zum Wachstumsdiktat zu entwerfen und diese mit widerständigen Praktiken zu verbinden.

Dabei geht es ausdrücklich um die hoch industrialisierten Länder des globalen Nordens, auch wenn soziale Bewegungen aus dem Süden wichtige Bündnispartner sind (Diskussionen zu Buen Vivir, Postextraktivismus und Graswurzel-Umweltbewegungen der Armen). Rohstoff-, Ressourcen- und Landschaftsverbrauch sowie Abfallaufkommen und Emissionen der reichen Länder sollen auf ein Niveau gesenkt werden, das langfristig nachhaltig ist und den Ländern des Südens gleichberechtigte Entwicklungsmöglichkeiten lässt.

2. Was ist überhaupt Wachstum? Und was ist das Problem mit Wachstum?

Soweit in aller Kürze. Aber nochmal einen Schritt zurück: Was ist überhaupt Wirtschaftswachstum? Und wie wird es gemessen?

Das so genannte Bruttoinlandsprodukt ist die Summe des Geldwertes der Güter und Dienstleistungen, die in einem Zeitraum (z.B. einem Jahr) in einem Wirtschaftsraum (z.B. BRD oder Welt) verkauft werden, für den Endverbrauch bestimmt sind und die durch bezahlte Arbeit hergestellt wurden. In der Bundesrepublik beträgt das BIP für 2015 beispielsweise 3025,9 Milliarden Euro. Die Veränderung dieser Zahl über Jahre hinweg gilt als Wachstum (ausgedrückt in Prozent) – dabei wird meist die Inflation herausgerechnet.

Obwohl das BIP gemeinhin als Wohlstandsindikator gilt, ist es höchst ungeeignet, diesen zu messen, da es nur den Geldwert der Güter und Dienstleistungen misst, nicht ihre positiven oder negativen Auswirkungen auf Bedürfnisbefriedigung und Wohlbefinden. Vor allem wird das BIP kritisiert, weil es weder unbezahlte Tätigkeiten misst (Haus- und Reproduktionsarbeiten, vgl. das sog. Haushälter_innenparadox), noch die Zerstörung von Gütern und Umwelt mit in Betracht zieht. Eine Zunahme von Autounfällen kann daher beispielsweise das BIP ebenso erhöhen (Arztbehandlungen, Autoreparaturen etc.) wie Umweltzerstörung (wenn Kompensationsleistungen und Schutzmaßnahmen gegen Umweltkatastrophen geleistet werden), Regenwaldabholzung (Holzhandel, Möbel etc.) oder Krieg. Als Bereicherung gilt auch die wachsende Produktion vergeudeter Verpackungen, weggeworfener Apparate, beschädigte und nicht reparierte Geräte.

Analytisch betrachtet gibt es drei unterschiedliche Perspektiven der Wachstumskritik, die oft gemeinsam auftreten und sich nicht gegenseitig ausschließen: soziale, ökologische, und kapitalismuskritische Wachstumskritik.

Soziale Wachstumskritik argumentiert, dass Wirtschaftswachstum *nicht* die Lebensqualität, die Wohlfahrt und das menschliche Glück steigert, sondern dass die sozialen und ökologischen Kosten von Wachstum ab einem bestimmten individuellen oder gesellschaftlichen Einkommensniveau höher sind als die Vorteile. Sie stellt also die meist unhinterfragte Annahme infrage, Wachstum steigere menschliche Wohlfahrt.

Während ein Teil der Autor*innen argumentiert, es gebe keinen kausalen Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlfahrt (viele halten Wachstum daher für irrelevant), gehen

andere noch weiter und sagen, Wachstum sei verantwortlich für eine sinkende Lebensqualität. Wenn ein gutes Leben das Ziel ist, ist Wachstum nicht nur nicht das richtige Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sondern ein Hindernis auf dem Weg dorthin.

Empirisch zeigen Studien der Wohlfahrts- und Glücksökonomie sowie der Sozialgeschichte, dass Wirtschaftswachstum in den Industrieländern seit den 1970er oder 1980er Jahren nicht mehr mit steigendem Wohlstand, zunehmender Gleichheit, oder einer grundlegenden Abnahme der strukturellen Erwerbslosigkeit einhergeht. Im Kontext von aufgeblähten Finanzmärkten, sozialen Kürzungen und Neoliberalismus dient Wachstum vor allem den Wohlhabendsten und verschärft zunehmend die zwischen- und innerstaatliche Ungleichheit.

Darüber hinaus gibt es einen generellen Trend der langfristigen Stagnation (in Englisch diskutiert als “secular stagnation”), die Wachstumsraten in den Industrieländern gehen zunehmend zurück und längerfristig scheint Stagnation oder gar Schrumpfung die realistischste Zukunft zu sein. Aus all diesen Gründen – so die soziale Wachstumskritik – ist weiteres Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern weder wünschenswert noch kann sich Politik darauf realistischerweise verlassen.

Ökologische Wachstumskritik argumentiert, dass Wirtschaftswachstum notwendigerweise die natürlichen Ressourcen ausbeutet, den Planeten und die Lebensgrundlagen der Menschen und zukünftiger Generationen zerstört. Unendliches Wachstum sei auf einem endlichen Planeten unmöglich – so ein oft wiederholtes und vielen unmittelbar einleuchtendes Argument.

Die ökologischen Grenzen sind dabei erstens die verfügbaren endlichen Ressourcen, die die Grundlage der Wirtschaft darstellen und zunehmend knapper werden; und zweitens die Kapazität der Natur zur Aufnahme der Abfallprodukte der Wirtschaft (die Natur ist hier eine so genannte Senke). Diese Grenzen – besonders die Aufnahmekapazität der Erde – sind seit langem überschritten. Der so genannte Earth Overshoot Day, also der Tag jeden Jahres, bis zu dem so viel der Natur verbraucht worden ist, wie wieder regeneriert werden kann, ist 2016 bereits am 8. August erreicht, und rückt jedes Jahr etwas früher.

Besonders deutlich wird die Herausforderung, um diesen Trend der Übernutzung deutlich zu machen, am Beispiel des Klimawandels: Um den menschengemachten Klimawandel mit seinen dramatischen und potentiell katastrophalen Folgen – die das Überleben großer Teile der zukünftigen Menschheit gefährden könnten – aufzuhalten und das bei der UNO-Konferenz in November 2015 in Paris vereinbarte 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, muss der Ausstoß fossiler Brennstoffe aus Energieerzeugung und –nutzung sowie der Land- und Forstwirtschaft bis zum Jahr 2035 (!) auf null reduziert werden. Aufgrund ihrer historischen Verantwortung müssen Industrieländer noch früher und stärker reduzieren, denn sie haben seit der Industrialisierung im 18. Jahrhundert das Problem maßgeblich verursacht und sind gleichzeitig deutlich weniger betroffen (das wird als Klimaungerechtigkeit und Klimaschuld thematisiert).

Um diese Menschheitsaufgabe zu bewältigen, wird gemeinhin eine ökologische Modernisierung propagiert, der zufolge sich durch technische Innovationen und erneuerbare Energien eine Dekarbonisierung der Wirtschaft mit weiterem Wachstum vereinbaren lassen. Grünes Wachstum führe zu einer Entkopplung von BIP-Wachstum – das weiter steigt – und Naturbelastung – die absinkt.

Die Kritik an diesem Glauben ist zentraler Ausgangspunkt für Degrowth. Denn es gibt keine realistischen technischen oder politischen Szenarien, wie Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit sich mit weiterem Wachstum in den reichen Ländern vereinbaren lassen. Grünes Wachstum ist eine gefährliche Illusion. Es berücksichtigt nicht, dass Effizienzgewinne zu großen Teilen – Studien zeigen zu ca. 50 Prozent – durch direkte oder indirekte so genannte Rebound-Effekte wieder aufgefressen werden (z.B.: wird das Auto effizienter, wird mehr gefahren oder das eingesparte Geld für anderen Konsum ausgegeben). Und es unterschätzt die Dimension der Herausforderung: So müsste laut Price Waterhouse Cooper bei weiterem Wachstum beispielweise die CO₂-Intensität der gesamten Weltwirtschaft jährlich um 6.2 Prozent zunehmen, was vollkommen unrealistisch ist.

Wachstum und globale Gerechtigkeit bzw. ökologische Nachhaltigkeit widersprechen sich, so die Schlussfolgerung der ökologischen Wachstumskritik, weshalb Alternativen in den Vordergrund rücken.

Beides – soziale und ökologische Wachstumskritik – wird integriert in Strömungen einer **grundsätzlichen Kapitalismuskritik**, welche die Ursachen für die Ausbeutung von Menschen, für die Produktion globaler Ungleichheit und für die Zerstörung der ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens in kapitalistischem Wachstum verortet. Wachstum wird als notwendige Konsequenz aber auch als Bedingung kapitalistischer Akkumulation analysiert, die Selbstverwertung des Kapitals als dynamische Triebfeder der sozialen und ökologischen Folgen ungebremsten Wachstums kritisiert.

Die Lebensweise der globalen Konsument*innenklasse lässt sich nicht verallgemeinern – sie basiert auf der imperialen Übernutzung des endlichen globalen Umweltraums und führt auch im Norden zu Ungleichheit und Krisen. Da die für eine global gerechte Lebensweise notwendigen Einsparungen auf Dauer kaum durch einen vor allem auf technologischen Lösungen basierenden „grünen“ Wachstumskurs zu erreichen sind, steht die Wachstumsökonomie samt ihrer gesellschaftlichen Institutionen zur Disposition. Die Grenzen des Wachstums sind demnach die Grenzen des Kapitalismus.

Dies eröffnet Raum, grundlegend zu fragen, zu analysieren und zu träumen: Wie wollen wir leben, warum arbeite ich, welche Bedürfnisse hast Du, und was wollen wir produzieren? Warum soll die Ökonomie überhaupt wachsen, wer profitiert, und wie lässt sich das verändern? Wie könnte eine Gesellschaft, wie menschliche und ökonomische Beziehungen jenseits des Wachstums gestaltet werden, um soziale Rechte weltweit für alle, heute und in Zukunft zu verwirklichen?

3. Sind Wachstumskritik und Degrowth ein neues Phänomen?

Die Kritik am Wirtschaftswachstum ist fast so alt wie das Phänomen selbst. Eine neue Dimension bekam sie durch die Wahrnehmung der Endlichkeit der Ressourcen auf diesem Planeten. Der erste Bericht an den Club of Rome von 1972 führte zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über „Die Grenzen des Wachstums“, die bis heute nicht abgerissen ist.

Die Geburt des Wortes „décroissance“ kann auch auf das Jahr 1972 zurückdatiert werden. Der Sozialphilosoph André Gorz fragte bereits damals, ob das „Gleichgewicht der Erde, für welches ein Nullwachstum – oder sogar eine Wachstumsrücknahme – der materiellen

Produktion eine notwendige Voraussetzung ist, mit dem Überleben des kapitalistischen Systems vereinbar sei.” (zitiert in der Einleitung zu D’Alisa et al. 2015). Weitere Intellektuelle dieser Zeit beeinflussten die frühe Degrowth-Diskussion. Besonders wichtig war der rumänisch-amerikanische Mathematiker und Ökonom Nicholas Georgescu-Roegen, der thermodynamische Argumente in die Ökonomie integrierte. Mit dem Ende der Ölkrise und dem sich ausbreitenden Neoliberalismus traten die Diskussionen allerdings in den 1980er und 1990er Jahren in den Hintergrund.

Der wichtigste neue Impuls im 21. Jahrhundert kam von der *Décroissance*- oder Degrowth-Bewegung, die sich in den vergangenen zehn Jahren von Frankreich über Spanien und Italien in den angelsächsischen Raum ausgebreitet hat. Auch in Deutschland wurde sie aufgegriffen. In den Ursprüngen war diese Bewegung stark in anarchistischen Umweltgruppen und Kampagnen für auto- und werbefreie Städte, gegen industrielle Großinfrastrukturen und dem lokalen Aufbau von Alternativen verwurzelt, hatte aber immer auch eine stark akademische Ausrichtung.

Die erste internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit fand 2008 in Paris statt und etablierte den englischen Begriff „Degrowth“ in der internationalen wissenschaftlichen Debatte. Mit der zweiten Degrowth-Konferenz, die 2010 in Barcelona organisiert wurde, entstand der heute aktivere spanische Teil des Forschungsnetzwerks *Research & Degrowth (R&D)*. Weitere internationale Degrowth-Konferenzen fanden 2012 in Venedig und 2014 in Leipzig statt. Die Konferenzen erleben seit 2008 einen Zuwachs an Interesse und Teilnehmenden, sowohl von Wissenschaftler*innen diverser Disziplinen als auch von Aktivist*innen und Praktizierenden. Sie dienen als Treffpunkt, Diskussions-, Lern- sowie Vernetzungsort und bringen der Bewegung immer mehr Aufmerksamkeit.

Auch auf wissenschaftlicher Ebene hat sich Degrowth als ein neues Forschungsfeld etabliert – nicht nur in der ökologischen Ökonomie, sondern weit in andere Sozial- und Geisteswissenschaften hinein. Seit 2008 wurden über 100 wissenschaftliche Texte zum Thema Degrowth in internationalen Journalen und mehrere Themenhefte herausgegeben, zudem gibt es mittlerweile zahlreiche Bücher in verschiedenen Sprachen in weiten Teilen des Globalen Nordens.

Parallel dazu gab es auch im deutschsprachigen Raum eine Renaissance der Wachstumskritik, die sich stark aus der Auseinandersetzung mit Konzepten des „Green New Deal“ und des Grünen Kapitalismus heraus speisten. Anknüpfend an die McPlanet Kongresse organisierte Attac 2011 den Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ in Berlin, der etwa 2500 Menschen anzog und unter großer Beteiligung entwicklungs- und umweltpolitischer Gruppen und Verbände und gewerkschaftlicher Beteiligung stattfand. Aufbauend darauf wurde die internationale Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig mit über 3000 Teilnehmenden ein riesiger Erfolg. In den letzten Jahren sind eine Vielzahl an Texten erschienen, es gibt diverse Netzwerke und Gruppen die sich mit Postwachstum beschäftigen und besonders an Universitäten und in klimapolitischen und alterantivökonomischen Kontexten wird Degrowth viel diskutiert.

4. Geht es um eine Schrumpfung der Wirtschaft?

Überlegungen zu einer Degrowth-Gesellschaft sind nicht isoliert und losgelöst von bisheriger Theorie und Praxis, sondern basieren auf einer Vielzahl von Denktraditionen und knüpfen an konkrete soziale Kämpfe der Vergangenheit und Gegenwart an. Wichtige

Impulse kommen aus der politischen Ökologie und Bioökonomik, der feministischen Ökonomie, der kritischen Theorie, den postkolonialen und Postdevelopment-Studies, und Ansätzen zu Deglobalisierung und ökologischer Kapitalismuskritik.

Der Grundkonsens der Bewegung (und neben diesem ist die Bewegung, wie noch diskutiert wird, sehr heterogen), lässt sich – basierend auf der bisher größten empirischen Fragebogenerhebung – folgendermaßen zusammenfassen:

Wachstum ohne Naturzerstörung ist eine Illusion, daher wird in den Industrieländern Schrumpfung notwendig sein. Das bedeutet auch, dass wir auf Annehmlichkeiten werden verzichten müssen, an die wir uns gewöhnt haben. Die notwendige Transformation zu einer Degrowth-Gesellschaft muss friedlich sein und von unten kommen, sie läuft auf die Überwindung des Kapitalismus hinaus, und Geschlechtergerechtigkeit muss dabei ein zentrales Thema sein (Eversberg & Schmelzer 2016).

Die Reduktion der Wirtschaftsaktivität ist dabei nicht das Ziel, sondern eine Konsequenz des als Notwendig erachteten Transformationsprozesses, der nicht nur Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen mit einbezieht, sondern grundlegend auch die Lebensweisen und Vorstellungswelten. In Abkehr von ewiger Beschleunigung, Steigerung und Überforderung geht es darum, den Übergang hin zu einer reduktiven Moderne zu gestalten.

Degrowth heißt natürlich nicht – auch wenn dies oft missverständlich so interpretiert wird – die Wirtschaft innerhalb der bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen und Verhältnisse zu schrumpfen. Dies führt zu sozialen Kürzungen, Verarmung und den anderen Begleiterscheinungen kapitalistischer Krisen, wie wir sie derzeit in Südeuropa erleben. Innerhalb der bestehenden wachstumsabhängigen Strukturen bedeutet ein Schrumpfen der Ökonomie, dass die Produktivitätszuwächse nicht durch Wachstum aufgefangen werden können und dadurch Erwerbslosigkeit rapide zunimmt. Die zahlungskräftige Nachfrage sinkt, die Krise verschärft sich, zur Rezession kommt die Deflation. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand, die Sozialsysteme kommen unter Druck, Verschuldung explodiert. Beides führt zu einer gefährlichen Spirale aus Rezession und Verarmung. Im auf permanentes Wachstum basierenden Kapitalismus gilt: Schrumpfung = Rezession = soziale Krise.

Daher lautet ein Slogan bei den Krisenprotesten 2009 in Frankreich „Leur récession n’est pas notre décroissance!“ („Ihre Rezession ist nicht unser Degrowth!“). Ein alleiniger Fokus auf einen Schrumpfungsimperativ ist verkürzt und gefährlich. Dies zeigen nicht zuletzt neoliberale und konservativ-neofeudalistische Spielarten von Wachstumskritik insbesondere in der Bundesrepublik, die mit ihren ökologisch motivierten wachstumskritischen Argumenten in den reaktionären Chor des „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ oder „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“ einstimmen und Wachstumskritik zum Rechtfertigungsinstrument und Hebel von Austerität und Sozialabbau machen. Im Gegensatz dazu zielt Degrowth auf eine demokratisch ausgehandelte Schrumpfung von Produktion und Konsum bis auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau, und auf die Ermöglichung sozialer Rechte für alle, weltweit, jetzt und in Zukunft.

5. Welche Alternativen werden diskutiert?

Auch wenn die folgende Liste nur eine kleine Auswahl der diskutierten Alternativen und Vorschläge darstellt, sind dies jedoch zentrale Elemente der Degrowth-Bewegung:

- Eine Orientierung am guten Leben für alle: Dazu gehören Entschleunigung, Zeitwohlstand und Konvivialität, aber auch ein starker Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und den Abbau von Hierarchien in der Gesellschaft.
- Degrowth heißt natürlich nicht, jede wirtschaftliche Aktivität zu reduzieren und alles Wachstum pauschal zu kritisieren (auch wenn dies oft unterstellt wird). Stattdessen geht es um *selektives Wachstum* bestimmter zukunftsfähiger, sozialer und ökologischer Sektoren und gleichzeitiges *Schrumpfung* der Wirtschaftsbereiche, die dies nicht sind. Einerseits bedeutet das beispielsweise den Ausstieg aus fossilistisch-industriellen Sektoren, Militär, Rüstung, und Werbung, und den Rückbau von Individualverkehr. Andererseits bedeutet es aber auch die Stärkung der sozialen und kollektiven Infrastrukturen und den Ausbau einer ökologischen Kreislaufwirtschaft, dezentraler und erneuerbarer Energiequellen in Gemeineigentum, des Sektors der Sorgearbeit, der Bildung, und der solidarischen Ökonomie.
- Zusammen mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und einer Befreiung vom einseitigen westlichen Entwicklungsparadigma zielt Degrowth auch darauf ab, eine selbstbestimmte Gestaltung von Gesellschaft und ein gutes Leben im globalen Süden zu ermöglichen.
- Ein Ausbau demokratischer Entscheidungsformen, auch im Bereich der Ökonomie, um echte politische Teilhabe zu ermöglichen. Das einüben basisdemokratischer und konsensorientierter Prozesse ist zentraler Bestandteil der Bewegungspraxis.
- Die Grundorientierung ist, Marktprinzipien zurückzudrängen und stattdessen Commons, Gemeingüter, und kollektive Infrastrukturen für alle auszubauen. In diesem Zusammenhang gibt es beispielsweise den Vorschlag einer „Dotation Inconditionnelle d'Autonomie“, also einer bedingungslosen Autonomiegabe oder –garantie: als Alternative bzw. Ergänzung zum in Geld ausgezahlten Grundeinkommen sollen so alle Anspruch auf eine gewisse Menge an Grundgütern wie Wohnraum, Energie, Mobilität, Bildung, Kultur und Gesundheit haben.
- Umverteilung der Einkommen und Vermögen – sowohl global als auch national – und die Transformation der sozialen Absicherung sind Kern von Degrowth. Dies umso mehr, als unter den vorherrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine Stagnation und Schrumpfung der Ökonomie im Norden die soziale Lage der am schlechtesten Gestellten noch prekärer werden lässt. Angesichts der ökologischen Wachstumsgrenzen muss dabei jedoch über klassische Umverteilungspolitik hinausgegangen werden. Kern ist ein Bruch mit der Scheinlogik der Knappheitsökonomie, in der nur umverteilt wird, wenn die Wirtschaft wächst. Denn: Es ist genug für alle da – der bestehende Reichtum muss gerecht verteilt werden, und nicht weiter wachsen. Die Verteilungsfrage

gewinnt damit an Brisanz: Denn was der eine hat, das kann die andere nicht haben, woraus folgt, dass wer Armut bekämpfen will, auch Reichtum bekämpfen muss – umso mehr, wenn die gesamtgesellschaftliche Wertproduktion zurückgeht.

- In der Degrowth-Bewegung gehört daher für viele neben dem häufig genannten bedingungslosen Grundeinkommen auch die Forderung nach einem Maximaleinkommen zum politischen Repertoire. Denn der Naturverbrauch eines Individuums hängt stark von dem verfügbaren Einkommen ab und eine ungleiche Einkommensverteilung ist aus einer egalitären Perspektive radikal undemokratisch. Das Maximaleinkommen wird meist als Verhältnis zum Minimal- oder Grundeinkommen diskutiert.
- Das Ganze der Arbeit: Darüber hinaus geht es aber ganz grundlegend darum, die Reproduktion des Lebens in den Vordergrund zu stellen und Wirtschaft von da aus zu denken: Welche Bedürfnisse gibt es, und wie werden diese befriedigt. Ziel ist, den Care-Bereich aufzuwerten und die Spaltung der Ökonomie in einen monetären Teil (bezahlte Lohnarbeit, männlich dominiert, politisch und ökonomisch privilegiert) und einen nicht-monetären Teil (Reproduktionsarbeit, Sorgetätigkeiten, gar nicht oder schlecht bezahlt, vor allem Frauen, entwertet) zu überwinden. Ein naheliegendes und viel diskutiertes Einstiegsprojekt ist eine deutliche Verkürzung der Lohnarbeit für alle.
- Regional verankerte, aber miteinander vernetzte und offene Wirtschaftskreisläufe. Weil internationaler Handel – und die diesen vorantreibenden Freihandelsabkommen wie derzeit TTIP und CETA – soziale Spaltung vertiefen und ökologische Nachhaltigkeit verhindern, geht es um eine Deglobalisierung der Wirtschaftsbeziehungen. Aber – und dies ist auch wichtig zu betonen – Degrowth steht weder für kulturelle Abschottung, homogene Bioregionen, oder konkurrenzbasierter wirtschaftlicher Protektionismus, sondern für eine offene Relokalisierung.
- Nowtopias aufbauen im Hier und Jetzt: Neben dieser gesellschaftlichen Orientierungslinien ist für Degrowth besonders bezeichnend, dass viele im Hier und Jetzt mit der Transformation anfangen. In Gemeinschaftsgärten, Transition-Town Initiativen, in Wohnprojekten, Reparaturwerkstätten, alternativen Unternehmen, in der solidarischen Landwirtschaft etc.

Zum Weiterlesen

Sehr viele Infos, Texte, Videos und Links unter www.degrowth.de.

Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas. Berlin: Le Monde Diplomatique, 2016.

D’Alisa, Giacomo, Federico Demaria, and Giorgos Kallis, eds. *Degrowth: A Vocabulary for a New Era.* London and New York: Routledge, 2014.

Eversberg, Dennis, and Matthias Schmelzer. “Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung.” *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2016/1 (2016): 9–17.

Muraca, Barbara. *Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums.* Berlin: Wagenbach, 2014.

Schmelzer, Matthias, and Alexis Passadakis. *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen, soziale Reche.* Hamburg: VSA-Verlag, 2011.